Nr. 33 48. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Sonnabend, 25. Januar 1919

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Verfassungskonferenz der Einzelstaaten.

Im Reichsamt des Innern begann heute vormittag die Konferenz der deutschen Freistaaten, die sich mit dem Verfassungsentwurf, den Staatssekretär Dr. Preuß ausgearbeitet hat, zu beschäftigen hatte. Fast sämtliche deutsche Staaten hatten zu der Konferenz Vertreter entsandt, so daß sich etwa hundert Herren daran beteiligten. Die Reichsregierung war vollzählig erschienen; auch der Zentralrat war durch mehrere Mitglieder vertreten. Unter den Anwesenden bemerkte man den bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner und seinen Finanzminister Professor Jaffé, Heine aus Anhalt, Bürgermeister Dr. Feling aus Lübeck, Dr. Gradnauer aus Sachsen und den badischen Justizminister. Den Vorsitz in der Sitzung führte der Volksbeauftragte **Ebert.**

Zur Diskussion stand allein der Verfassungsentwurf. Die Konferenz begann mit einem ausführlichen Referat des Staatssekretärs des Innern **Dr. Preuß,** der im großen und ganzen den Inhalt der Denkschrift, die er dem Entwurf beigegeben hat, wiedergab. Dr. Preuß beschränkte sich in seinen Ausführungen auf den ersten Teil des Entwurfs: „Das Reich und die deutschen Freistaaten". Er suchte darzulegen, daß die Aufteilung des großen Staatskörpers Preußen und

die Zusammenlegung der kleinen Staatensplitter

zu großen Gebieten unbedingt erforderlich sei. Die Hegemonie Preußens in Deutschland sei nichts weiter als ein monarchisches Gebilde, an dessen Aufrechterhaltung nur diejenigen ein Interesse hätten, die das alte königliche Preußen aufrechterhalten wollten. Alle diejenigen, welche sich auf den Boden einer deutschen Republik stellten, könnten ein Interesse an dem Weiterbestehen dieses alten Preußen nicht haben. Es sei, wie zugegeben werden müsse, ungünstig gewesen, daß der Verfassungsentwurf gerade in der Wahlwoche der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht worden sei. Das sei aber nicht anders möglich gewesen. Aus dieser Tatsache resultierten aber meist die schiefen Betrachtungen gegenüber dem Entwurf. Daß die konservativen Parteien diese Situation ausgenutzt hätten, sei zu verstehen; daß aber auch die Demokraten in die Falle gegangen seien, sei nicht gerade ein besonders großer Befähigungsnachweis. Auch die Demokraten schienen von den Folgen des Wahlkampfes ergriffen zu sein.

Nach Staatssekretär Dr. Preuß nahm der bayerische Ministerpräsident **Kurt Eisner** das Wort zur Geschäftsordnung. Er brachte den

Entwurf eines Notgesetzes

ein und stellte ihn zur Diskussion. Durch seinen Antrag, den er im Namen sämtlicher süddeutschen Staaten und auch im Namen Sachsens und Hessens stellte, wollte Eisner die Diskussion über den Entwurf des Staatssekretärs Preuß überflüssig machen. Der Entwurf, den Eisner einbrachte, stellt lediglich ein kurzes Rahmengesetz dar, das durch Einzelgesetze ergänzt werden müßte.

Volksbeauftragter **Ebert** wies den Versuch Eisners, die Diskussion über den preußischen Entwurf durch seinen Antrag unmöglich zu machen, energisch zurück. Der Antrag Eisner bedeute eine Präjudizierung der Nationalversammlung. Das könne aber unter keinen Umständen zugelassen werden. Es könne natürlich auch über den Entwurf Eisners diskutiert werden, aber einen Beschluß, ob dieser oder jener Entwurf angenommen werde, könne die heutige Versammlung nicht fassen.

Auf die Erklärung Eisners, daß er im Namen aller süddeutschen Staaten und auch im Namen von Sachsen und Hessen spreche, erklärten Dr. **Gradnauer** für Sachsen und ein württembergischer Vertreter, daß sie ihre Zustimmung zu dem Antrag nicht so aufgefaßt hätten, daß die Diskussion über den Entwurf des Staatssekretärs Dr. Preuß ausgeschaltet werden solle. Sie hätten sich dem Vorschlag Eisners nur für den Fall angeschlossen, daß sich die Diskussion über den Preußischen Entwurf als von vornherein sinn- und zwecklos erweisen sollte.

Darauf wurde

die Erörterung über den Entwurf Preuß fortgesetzt.

Der preußische Minister **Hirsch** sprach sich im Namen des preußischen Ministeriums gegen den Entwurf aus. Er stehe dem Gedanken eines Einheitsstaats sympathisch gegenüber. Er verstehe auch die Tendenz einer Umgruppierung; er verstehe aber nicht, weshalb Preußen vor allem zugunsten der süddeutschen Staaten benachteiligt werden solle.

Wolfgang Heine-Anhalt sprach sich in scharfen Ausführungen gegen die Zerstückelung Preußens aus. Mit der Idee der Aufteilung Preußens sei ein Zankapfel unnötigerweise in das deutsche Volk geworfen worden. Die Idee sei eine Idee des grünen Tisches, die niemals im Volk Verständnis finden werde.

Bei Schluß des Blattes dauerte die Konferenz fort.

Die badische Verfassung.

Beschlüsse der Kommission.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

c. Karlsruhe, 25. Januar.

Der Verfassungsausschuß der badischen Nationalversammlung beschloß gestern, daß Baden seine militärischen Angelegenheiten selbständig im Rahmen der Reichsgesetze regeln werde. Bezüglich der Gesetzgebung, des Gerichts und der Vollziehungsgewalt wurde beschlossen, daß die Vollziehung ausgeübt wird nach der Verfassung durch das Volk, durch den Landtag und durch das von diesem berufene Staatsministerium.

Der Umbau Preußens.

Zu den preußischen Nationalwahlen.

Von **Erich Dombrowski.** [Nachdruck verboten.]

Die Demokraten der Revolution vom Jahre 1848 träumten von einem großdeutschen Reich. Bismarck, der preußische Junker, hatte nur Hohn und Spott dafür, und in den reaktionären Kreisen hieß es: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten." Bismarck, der als preußischer Bundestagsgesandter in Frankfurt das österreichische Uebergewicht immer hatte am eigenen Leibe fühlen müssen, wollte ein großes, starkes Preußen, und durch Blut und Eisen erreichte er sein Ziel. Oesterreich wurde aus dem deutschen Bunde ausgeschieden, Preußen wurde territorial nach allen Seiten hin abgerundet, und Bismarck schuf schließlich ein verpreußtes deutsches Reich. Diese preußische, das heißt junkerlich-reaktionäre Vormachtstellung Preußens in Deutschland die in langen Jahrzehnten alles getan hat, um uns in der ganzen Welt möglichst unbeliebt zu machen, hat auch die Kriegskatastrophe mit all ihren, noch unabsehbaren unheilvollen Folgen auf dem Gewissen. Die Novemberrevolution hat einen Strich unter diese Vergangenheit Preußens gemacht und eine neue Seite preußischer Geschichte aufgeschlagen. Die morgen stattfindenden Wahlen zur preußischen Nationalversammlung rufen nun die gesamte Bevölkerung auf, um durch ihre Stimmen zu entscheiden, wie dieses neue Blatt politisch beschrieben werden soll. Ehe man seinen Stimmzettel abgibt muß man sich indessen darüber klar werden, um welche Probleme es sich dabei handelt.

Da ist zunächst die großdeutsche Frage. Heute stehen wir endlich, nach siebzig Jahren, vor der Erfüllung jener demokratischen Hoffnungen von einst. Es soll ein großes, einiges Deutsches Reich von Memel bis Innsbruck, von Berlin bis Wien geben. Der deutsche Dualismus soll ausgelöscht werden, die Rivalität, der Ehrgeiz, an der Spree mehr wert zu sein und mehr scheinen zu können als an der Donau. Aufhören muß aber auch alles, was sich, in vielfacher Strahlenbrechung, unterhalb dieses Dualismus von gestern bewegt: der Partikularismus der einzelnen Bundesstaaten. Es hat jedoch fast den Anschein, als ob er heute noch stärker ist als vordem unter dem alten Regime. Das darf nicht sein. Denn so kommen wir nicht weiter. Alle werden sie einige partikularistische Pflöcke zurückstecken müssen: die Bayern, die Sachsen, die Badener und nicht zuletzt die Preußen, wenn es an den Neubau des Deutschen Reiches geht. Heute, wo wir um unsere Existenz nach innen und nach außen ringen, gibt es nur die eine Frage: Wie richten wir uns am schnellsten und billigsten ein? Uns geht es wie einem Pärchen, das eine Notehe eingehen muß. Die Geschichte ist nun mal passiert, und daher muß rasch und doch solide ein Heim hergerichtet werden. Die Ueberwindung des Partikularismus ist in erster Linie eine organisatorische Frage. Solange wir keinen deutschen Einheitsstaat haben, und die Zeit scheint dazu heute noch nicht reif zu sein, müssen wir die vielfachen bundesstaatlichen Sonderinteressen auszubalancieren versuchen; das betrifft vor allem die Finanzen, die Rechtspflege und die Eisenbahnen. Auf diesen drei Gebieten werden alle Einzelstaaten weitere Zugeständnisse an das Reich im Interesse der Gesamtheit machen müssen. Die eigentlichen Kulturfragen, in denen die Stammeseigentümlichkeiten nach immer neuen Ausdrucksformen suchen, werden dagegen, vorerst wenigstens, Sache der Einzelstaaten bleiben müssen. Wenn aber das Reich noch mehr Kompetenzen bekommt als bisher, werden die einzelnen Gliedstaaten darauf verzichten müssen, innerhalb dieses Rahmens den Machtstandpunkt geltend zu machen. Mit anderen Worten, es geht künftig nicht mehr an, daß Preußen durch ein einseitiges Stimmenübergewicht andere, kleinere Bundesstaaten an die Wand drückt, bis sie quietschen, wie es zum Beispiel seinerzeit bei den Schiffahrtsabgaben geschah. Wenn in der neuen Reichsverfassung gegen derartige Möglichkeiten Kautelen geschaffen werden, ist die Frage von untergeordneter Bedeutung, ob es besser sei, Preußen in mehrere Einzelstaaten zu zerlegen. Man darf nicht übersehen, daß ein solcher Zerlegungsprozeß schwere Gefahren in sich birgt. Macht man, um nur einige Möglichkeiten zu nennen, etwa die Randprovinzen: Ostpreußen, Schlesien, Rheinland-Westfalen, selbständig so liefert man sie leicht ausländischen, polnischen oder französischen Einflüssen aus, nachdem man sie aus dem festen preußischen Gesamtorganismus losgelöst und auch ihr Wirtschaftsleben bis zu einem gewissen Grade isoliert hat. Kurz, wir müssen uns hüten, durch eine neue Kleinstaaterei die alten unseligen Zustände aus der Zeit vor 1830, vor dem deutschen Zollverein, wieder heraufzubeschwören. Die Ueberwindung des Partikularismus führt nicht über die Leiche Preußens, sondern über die Zusammenlegung all der Kleinstaaten, die erst in ihrer Gesamtheit eine gewisse kulturelle, wirtschaftliche und politische Einheit bilden. Wir denken dabei insbesondere an das unhaltbare mitteldeutsche Kleinstaatengemisch.

Wie soll nun, zum zweiten, das neue Preußen innen aussehen? Bisher war es großagrarisch-militaristisch mit einem leichten, liberalen Puderguß. Künftig soll es demokratisch sein. Was heißt das?

Der Obrigkeits- und Untertanenstaat soll ein überwundener Standpunkt sein. Der preußische Staat soll hinfort nur sein die Organisation des gesamten Volkes. Es soll nicht mehr von

Die Verhandlungen mit den Polen.

Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern des polnischen Volkrats haben, wie wir hören, gestern noch nicht begonnen. Die Regierung hat dem Vernehmen nach die Polen wissen lassen, daß sie von Montag ab zu Verhandlungen bereit sei. Die Besprechungen dürften daher erst am Montag beginnen.

Bromberg, 25. Januar. **Amtlich.** (W. T. B.)

Bandenansammlungen in Mittendorf, Eichhorst und Brühlsdorf wurden mit Artillerie beschossen. Eigene Patrouillen brachten eine Anzahl Gefangene ein. Die polnischen Banden intervieren die friedlichen deutschen Bewohner von Schmiedeberg und Umgegend.

Einmalige Teuerungszulage für Hinterbliebene von Militärpersonen.

Im Februar der 1½fache Monatsbetrag.

Vor kurzem haben die Militärrentenempfänger eine einmalige Teuerungszulage erhalten. Nunmehr soll auch den Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterklassen eine solche Teuerungszulage gewährt werden, indem ihnen beim Empfang der für Februar dieses Jahres zustehenden gesetzlichen Versorgungsgebührnisse, Zuschläge zur Kriegsversorgung, laufenden Zuwendungen und laufenden Unterstützungen statt des einfachen Monatsbetrages der 1½fache Monatsbetrag ausgezahlt werden wird. Zu den vorbezeichneten Hinterbliebenen zählen sämtliche Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterklassen (Witwen, Waisen, Eltern, Stiefkinder, Stiefeltern uneheliche Kinder usw.), denen auf Grund des Militärversorgungsgesetzes oder besonderer Verwaltungsvorschriften ein laufender Bezug aus Militärfonds zusteht.

Die Eroberung Montenegros durch die Serben.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

W. Genf, 24. Januar.

Wie der „Temps" aus Antivari berichtet, verschlimmert sich die Lage in Montenegro immer mehr. Die Bemühungen der serbischen Truppen, durch Waffengewalt die montenegrinische Bevölkerung zur Anerkennung der Annexion Montenegros durch die Serben zu zwingen, haben keinen Erfolg. Die Kämpfe zwischen den Serben und Montenegrinern in Cetinje sollen blutiger gewesen sein, als man aus den ersten Berichten schließen konnte. Die Kämpfe setzten sich in den letzten Tagen bei Podgorica fort und forderten blutige Opfer. Im ganzen Lande herrscht großes Elend. Die Serben erschießen jeden, der sich weigert, zugunsten der Serben die Waffen zu ergreifen.

Die mobilen Streitkräfte der Entente.

Einsetzung eines interalliierten Ausschusses.

Paris, 25. Januar. (Havas.)

Der interalliierte Kriegsrat hat die Ernennung eines interalliierten Ausschusses beschlossen, der festsetzen soll, wieviel Streitkräfte ein mobilem Zustande zu verbleiben haben.

Die innerpolitischen Kämpfe in der Türkei.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

w. Genf, 24. Januar.

Der „Temps" berichtet aus Konstantinopel, daß die Kämpfe zwischen der neuen Regierung und den Mitgliedern des Komitees für Freiheit und Fortschritt seit zwei Monaten andauern. Der Widerstand der Komiteemitglieder werde von Konstantinopel aus geleitet, wo sich Talaat und Enver Pascha verborgen halten sollen. Die alte Armee sei zwar aufgelöst, doch habe man die Neuwahlen, die am 15. Januar angesetzt waren, verschoben, da man ein ungünstiges Ergebnis befürchtete. Gerichtliche Maßnahmen gegen die Komiteemitglieder seien nicht durchführbar, da die Beamten für diesen Fall mit ihrem Rücktritt drohen, wie es selbst der Minister des Innern getan hat. Bezüglich der Lage in Konstantinopel wird gesagt, sie sei besorgniserregend, so daß man Maßnahmen zum Schutze der diplomatischen Vertretungen treffe. Die Gendarmerie soll französischen Instrukteuren anvertraut werden. Der „Temps" fordert schließlich die Internationalisierung Konstantinopels und der Meerengen.

Die Monarchie in Lissabon ausgerufen?

Madrid, 23. Januar. (Reuter.)

Nach einem Telegramm aus Lissabon ist am 23. nachmittags in Valencia die Nachricht eingetroffen, daß in Lissabon die Monarchie ausgerufen wurde.

oben herab regiert werden, aber auch nicht von unten herauf, wie es in der revolutionären Zwischenzeit die Arbeiter- und Soldatenräte versucht haben. Es soll durch und für das Volk regiert werden. Dazu ist, bei allen, ein ganz neuer Geist vonnöten. Wir werden alle auf geistig-seelische Entdeckungsfahrten ausgehen und einander neu verstehen lernen müssen. Das Menschliche muß wieder heraus. Da ist der **Beamtenapparat**. Wer bislang nicht so und soviel Semester studiert, so und soviel Examina gemacht hatte, dem war die höhere Verwaltungskarriere für ewig verschlossen, er mochte noch so tüchtig sein. Das soll und muß anders werden. Das Leben des einzelnen verläuft im Intellekt und Willen durchaus nicht so gradlinig, wie der Examinator annimmt. Viele, die meisten entwickeln erst später wenn es hart auf hart geht, ihre eigentlichen Fähigkeiten, während andere, intellektuell Ueberfütterte, frühzeitig erschlaffen. Aber das bisherige Beamtenschema hielt jene in starrem Subalternverhältnis zurück und ließ diese, trotz immer rapider fortschreitender Arterienverkaltung höher und höher klettern. Wie im freien Berufsleben muß es auch hier heißen: Leistest du etwas, so sind deine Aufstiegsmöglichkeiten unbegrenzt. Die Positionen sollen nicht ersessen, sondern erarbeitet werden. Schon Sparsamkeitsrücksichten nötigen uns dazu, mit den Kräften haushälterisch umzugehen. Wir werden den bureaukratischen Apparat vereinfachen, aber die Beamten besser bezahlen und ihnen raschere Aufstiegschancen geben müssen.

Der neue Geist, der in das traditionsreiche alte Preußen einziehen muß, kann nicht von heute auf morgen kommen. Er muß der Jugend neu eingepflanzt werden. Eine Arbeit von Generationen ist nötig. Wir werden wieder an Kant, der mir immer als der größte Preuße erschienen ist, anknüpfen müssen, an Kant, der den kategorischen Imperativ der Pflicht gelehrt hat, an den Königsberger Philosophen, der Pazifist und Republikaner war und der das Religiöse weit über alle einseitige Dogmengläubigkeit hinausgehoben hat. In der Schule müssen wir anfangen. Dort dürfen nicht mehr Drillpuppen, dort müssen freie Menschen erzogen werden. Der alte verfälschte, monarchisch-imperialistische Geschichtsunterricht muß einer Kulturgeschichte der Menschheit weichen, und im Religionsunterricht muß alles dogmenhafte, aller Gedächtniskram, alles Lieder-Auswendiglernen verschwinden und einem religionsgeschichtlichen Unterricht Platz machen, der sich über die engen Schranken der einzelnen Konfessionen erhebt und dem Gemüt der Kinder die Entwicklung des religiösen Gedankens nahe zu bringen versucht. Alles andere, der Katechismus vornehmlich, gehört in die Kirche, der es unbenommen sein soll, die Kinder mit der Dogmatik ihrer Konfession vertraut zu machen. Aber über alledem muß die völlige Gewissensfreiheit stehen.

Daraus, aus dieser Toleranz, ergibt sich ganz von selbst, daß die Demokratie die Existenzgrundlagen der **Kirche** nicht anzutasten gedenkt. Die Furcht vor einer neuen Säkularisation nach französischem Muster ist völlig unbegründet. Es kann sich höchstens um eine Neuordnung des Verhältnisses von **Staat und Kirche** handeln. Denn auch die Kirche stand, die evangelische mehr als die katholische, bislang in einem Untertanenverhältnis zum Staat. Nicht der Pfarrer auf der Kanzel, der seine Gemeinde seelisch führen sollte, durfte sagen, was ihm das Herz gebot, sondern der Oberkonsistorialrat am grünen Tisch schrieb ihm vor, wo sein Gewissen halt machen und mit den gerade herrschenden Mächten paktieren müsse. Wenn man hier an eine Neuordnung tritt, dann nur unter der Voraussetzung, daß man wechselnde staatliche und bureaukratische Interessen nicht den ewigen religiösen Wahrheiten, die aus der Tiefe des Gemütes hervorquellen, überordnen solle. Eine freie (materiell gesicherte) Kirche in einem freien Staat, das ist, auf eine knappe Formel gebracht, das Programm der Demokratie.

Das sind die großen Probleme, um die es morgen bei den Wahlen zur Nationalversammlung geht. Alle anderen sind im Augenblick untergeordneter Natur. Jeder Wähler, Mann oder Frau, wird sich entscheiden müssen, ob er die alten Mächte zurückhaben möchte, die durch ihren Preußenübermut die ganze Welt gegen uns aufgebracht und damit uns in dieses unsägliche Unglück gestürzt haben, oder ob er entschlossen einem neuen freien Preußen den Weg zu einer glücklichen Zukunft ebnen will. Wer sich für das Zweite entschieden hat, kann seine Stimme nur der **Deutschen demokratischen Partei** geben

---

Sternheims „1913".

Nach der Aufführung in Frankfurt a. M.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Erich Wulff.

Wie Balzac und Zola im Roman die Form der Serie wählen, um an einer durch Generationen fortgeführten Familiengeschichte gesellschaftskritischen Problemen nachzugehen, bildet **Karl Sternheim** einen Zyklus von Schauspielen, die sich auseinander entwickeln und Anfang, Mitte und Ende einer Familiengeschichte von symptomatischer Bedeutung zur Anschauung bringen. Freiherr Christian Maske v. Buchow in dem Schauspiel „1913" (über dessen Uraufführung für den Verein „Kammerspiele" telegraphisch schon berichtet wurde), ist der zur Exzellenz emporgerückte „Snob" von ehedem und der Sohn seines verleugneten Vaters, des biederen Theobald Maske, und dessen Ehefrau Luise, um deren „Hose" sich einst allerlei kuriose Begebenheiten rankten.

Das auf der Wende von „1913" zu 1914 vollendete Stück ist nicht eine Fortsetzung, die sich noch um einige neue vermehren ließe, sondern Höhepunkt und Abschluß. Groteske Satire, kühl überlegener Spott treiben auch hier ihr Spiel. Aber anderes tritt hinzu: der große Gesichtspunkt, unter dem das Defizit an dem Menschen gesehen wird, und der tragische Ausklang. Der Dichter selber, der bisher nur ein spöttisches Lächeln zur Schau trug und den Vorwurf vollendeter Herzlosigkeit sich zuzog, gibt Aufschluß über die seinem Sehen und Bilden zugrundeliegende Weltanschauung, und da zeigt sich, daß er wohl ein Herz hat und mit diesem beteiligt ist, wenn er die Narrheit der Menschen und ihr verbrecherisches Tun um sich herum erblicken muß. Denn nicht ohne Sorge und den Drang, an seinem Teil als Dichter warnend und helfend einzugreifen, konnte er ein Jahr vor dem Weltkrieg zur hellseherischen Erkenntnis gelangen, daß der Geist, der in führenden Schichten unseres Volkes sich eingefressen und den Volkskörper immer mehr zu zerfressen drohte, zur Katastrophe führen müsse. Zu dieser Einsicht waren viele gelangt; aber Sternheim bleibt das Verdienst, den Geist jener Zeit treffsicher und klar in sich aufgenommen, und ihn in eine künstlerisch wertvolle Form gebracht zu haben. Und anerkannt muß der Mut werden, die erschaute Wahrheit von der Bühne herabkünden zu wollen. Der vom Autoritätsglauben lebende Obrigkeitsstaat glaubte die Rüstungsindustrie vor diesen „Anwürfen" und „Verdächtigungen" schützen zu müssen, und Max Reinhardt durfte das Stück nicht aufführen.

Trotz der Problematik des Stoffes ist dieser Freiherr Maske v. Buchow eine Gestalt von großem Wurf und überzeugender Kraft. Die Gier nach der Macht, die im Gelde liegt, beherrscht ihn vollkommen, 120 Millionen hat er mit 7? Jahren erworben, aber seine Energie ist noch unerschöpft. Er will noch weitere 30 Jahre schaffen und bereitet den großen Schlag seines Lebens listig vor. Als seine Tochter Sophie seinen Willen durchkreuzt, ist ihm das Rückgrat der Seele gebrochen, der Schlag trifft ihn, und er ist klug genug, aus der Ueberspannung des Systems dessen Bruch vorauszuahnen, aber die Tendenzen der Zeit und seiner eigenen Naturanlage müssen sich auswirken. Es gibt kein Halten auf dem Wege zum Abgrund. So bricht der Dichter das Stück resigniert ab. Der Gegenpol des Freiherrn v. Buchow, sein Sekretär Wilhelm Krey, der den nationalen Geist neu erwecken möchte, versagt letzten Endes durch den Mangel an sittlicher Stärke. Anstatt die ihm angebotene Rolle eines Führers des Volkes anzunehmen, folgt er dem Lockruf der triebhaften Baronesse Ottilie. Mit diesem Abschluß teilt das Stück den Charakter der meisten problematischen Gegenwartsdichtungen: sie zeigen den Konflikt mit großer Schärfe auf, weisen aber nicht den Weg, der aus ihm heraus führen könnte.

Die Wirkung auf das Publikum wäre wohl stärker gewesen, wenn nicht der Hauptdarsteller, **Heinrich George**, als Maske von Buchow, die große Linie seiner Rolle unter einem nervösen Uebermaß schauspielerischer Mittel versteckt und einem großen Teil der Zuhörer das Verständnis rein phonetisch erschwert hätte. Merklich leichter gleitet dem Dichter die Feder in heiteren Capriccios der Verspottung des Snobismus, und dieses Zwischenspiel wird von den Herren **Ebelsbacher**, **Keller** und **Schreck** entzückend ausgeführt. Herr **Hartung**, der als Regisseur die Aufführung feinfühlig leitete, dankte im Namen des Dichters für den Beifall.

Der Rücktritt des Generals v. Winterfeldt aus der Waffenstillstandskommission.

Erregte Auseinandersetzungen in den letzten Vollsitzungen.

Berlin, 24. Januar.

Bericht der Waffenstillstandskommission in Spaa über die Vollsitzung am 23. Januar.

Die alliierten Kommissionen überreichen die deutscherseits geforderte Mitteilung über ihre Stellungnahme zur Rückkehr der deutschen **Kriegs- und Zivilgefangenen**. Die Vorsitzenden der alliierten Waffenstillstandskommissionen erklären darin übereinstimmend, daß **nur die interalliierten Regierungen** über den allgemeinen Rücktransport der deutschen Gefangenen zu entscheiden haben. Dagegen werde der Vorsitzende der französischen Waffenstillstandskommission aufs nachdrücklichste vorschlagen, die deutschen **Verwundeten und Kranken so schnell wie möglich** heimzuschaffen. Die alliierten Kommissionen seien auch bereit, die von der deutschen Kommission gewünschte Liste sämtlicher Kriegsgefangenen von ihren Regierungen einzufordern.

Die deutsche Waffenstillstandskommission bemerkt, die Nichterledigung der Gefangenenfrage sei unvereinbar mit dem Geist des Waffenstillstandsabkommens. Es sei **unerhört**, daß bei solchem Dauerwaffenstillstand, während dessen kein Mensch an eine Fortsetzung des Krieges mehr denkt, deutsche Gefangene auf unbestimmte Zeit in Gefangenschaft gehalten werden. Die deutsche Kommission hoffe bestimmt, daß die Entscheidung der alliierten Regierungen sich nicht nur auf die kranken und verwundeten Gefangenen beziehen werde.

General **Nudant** entgegnet, die Verlängerung des Waffenstillstandes sei nötig geworden, weil Deutschland seinen Verpflichtungen **nicht rechtzeitig nachgekommen** sei. Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa, General v. **Winterfeldt**, erklärt, er habe vom ersten Tage an darauf hingewiesen, daß die Deutschland auferlegten Bedingungen nicht voll erfüllt werden **könnten**, da sie **Unmögliches** verlangten.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung kommt es zu **lebhaften Auseinandersetzungen** zwischen General v. Winterfeldt und General Nudant. Der deutsche Vorsitzende überreicht zunächst die gestern zugesagte schriftliche Antwort auf die französischerseits erhobene Beschwerde betreffend die **Ablieferung der Lastkraftwagen**. Die deutsche Kommission stellt fest, daß Marschall Foch bereits am 15. Januar in Trier die Zahl der abgegebenen Lastkraftwagen mit 4442 angab und hinzufügte, von den noch fehlenden 558 seien bereits 548 zur Prüfung bei den alliierten Uebergabekommissionen eingetroffen. Jetzt, am 20. Januar, sollen, wie der französische Vorsitzende gestern erklärte, nur 4239 Wagen übernommen worden sein. Die deutsche Antwort macht auf diesen Unterschied in der Zahlenangabe aufmerksam und ersucht, in Zukunft auf solchen Zahlen keine zu scharfen Vorwürfe aufzubauen. Wenn die Abnahme sowohl der Lastkraftwagen als auch der Geschütze in etwas großzügiger Weise gehandhabt würde, so wäre die Ablieferung schon lange beendet, was General Nudant nicht weniger befriedigen würde, als die deutsche Kommission.

General v. **Winterfeldt** übergibt sodann eine zweite Note, in der Beschwerde darüber geführt wird, daß die zweimal verlangte Auskunft über einen angeblichen Befehl Marschall Fochs, nach dem **die deutschen Uebergabeoffiziere ohne Rücksicht auf das Altersverhältnis die alliierten Offiziere zu grüßen hätten**, bis heute unbeantwortet geblieben ist. Da General Nudant zweifellos in der Lage wäre, innerhalb weniger Stunden eine Aufklärung herbeizuführen, sei der deutsche Vorsitzende gezwungen, in dieser Nichtbeachtung einer in dringender Form mehrmals vorgebrachten Anfrage eine

beabsichtigte Mißachtung seiner Stellung und seiner Person

zu erblicken. In mündlichen Ausführungen erklärt General v. Winterfeldt, er wende sich in dieser Form nicht etwa gegen einen einzelnen Fall, sondern gegen das System. Marschall Foch selbst habe in Trier Journalisten gegenüber erklärt, die **Nichtbeantwortung** deutscher Noten geschähe **absichtlich und systematisch**. Eine solche Auffassung halte die deutsche Kommission mit der Würde der Verhandlungen unvereinbar. Falls keine Aenderung in das System eintrete, werde seine Stellung als Vorsitzender nur noch von kurzer Dauer sein. **Nudant versichert** den deutschen Vorsitzenden und die übrigen Mitglieder der deutschen Kommission seiner **höchsten Achtung**. General v. Winterfeldt nimmt von dieser Erklärung Kenntnis und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Taten den Worten Nudants entsprechen mögen. Er müsse bei dieser Gelegenheit aber noch auf eine in einer Unterkommission überreichte **französische Note** aufmerksam machen, deren **Ton** ein derartiger ist, wie er **höchstens einem Tributärstaat, nicht aber der Regierung einer Großmacht gegenüber angängig ist**. Er habe Anweisung gegeben, **solche Noten künftig nicht mehr entgegenzunehmen**. Der französische Vorsitzende entgegnet, er finde in der Note nichts, was zu diesen Einwendungen berechtige. Es scheine ihm, daß der deutsche Vorsitzende **sehr empfindlich** geworden sei.

Nach diesem Zwischenfall verliest der Vertreter der deutschen Regierung in Spaa ein Telegramm, wonach die französischen Behörden aus der **neutralen Zone** alle nicht vor dem 1. August 1914 dort ansässig gewesenen, jetzt entlassenen Militärpersonen **ausweisen**. Durch diese Maßnahme würden allein in Mannheim zehntausend Personen getroffen. Im Auftrage der deutschen Regierung ersucht er dringend um Aufhebung dieser Maßnahme.

Der Stadt **Saarbrücken** ist infolge Verfehlungen einzelner Bürger eine **Geldbuße** auferlegt worden. Die deutsche Waffenstillstandskommission weist darauf hin, daß dies im Widerspruch zur Haager Landkriegsordnung und zum Waffenstillstand steht und protestiert gegen dieses Vorhaben.

Der Straßburger Rechtsanwalt **Schröder**, welcher als ehemaliger Liquidator französischer Güter entgegen Artikel VI des Waffenstillstandsvertrages verhaftet worden war, ist, nach einer Mitteilung der französischen Kommission, auf das Ersuchen der deutschen Waffenstillstandskommission hin in Freiheit gesetzt worden.

Zum Schluß der Sitzung richtet die deutsche Kommission an die Entente die Bitte, den Angehörigen des Industriebezirks **Oberstein-Idar** die Teilnahme an der Leipziger Frühjahrsmesse zu gestatten.

Aus den besetzten Gebieten.

Französischer Speck und Reis für Schwerarbeiter. — Die französische Sprache in Hessen. — Deutsche Bücher.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

w. Mainz, 24. Januar.

Im Anschluß an eine Reise durch das Saargebiet hat General **Mangin** in Mainz, der Höchstkommandierende der 10. Armee, zufrieden mit der Haltung der Bevölkerung und den Leistungen der Arbiterschaft, bestimmt, zur Besserung der Ernährung der Arbeiter den **Schwer- und Schwerstarbeitern** pro Kopf und Woche ein Viertel Pfund **Reis** und als Fettzulage pro Kopf und Monat 400 Gramm **Speck** für die Schwerarbiter und 600 Gramm Speck für die Schwerstarbeiter zu gewähren. Die Preise sollen die gleichen sein wie für die französischen Soldaten.

Da die französische Verwaltung in **Hessen** Gewicht darauf legt, den Verkehr zwischen ihrer Besetzungsarmee und der Zivilbevölkerung durch **Förderung des französischen Sprachunterrichts** zu erleichtern, so werden in größeren Landgemeinden des Rheinhessens freie Kurse errichtet, in denen französische Lehrer an mehreren Wochentagen Unterricht erteilen. Als Orte dafür werden auch Oppenheim, Nierstein und Wörrstadt genannt. In den Volksschulen des Kreises Bingen ist der französische Unterricht sogar **obligatorisch** angeordnet worden.

In dem strengen Verbot der Einfuhr von Büchern und Druckschriften aus dem unbesetzten Deutschland nach den besetzten Gebieten ist insofern eine Milderung eingetreten, als nach den von den Engländern besetzten Gebieten wieder **deutsche Bücher** folgenden Inhalts von besonders ermächtigten Firmen bezogen werden dürfen: öffentliche Bekanntmachungen, allgemeine Wissenschaften, besonders Politik und Naturwissenschaften, Gesetze, Medizin, Erziehung, technische Werke, Handel, Philosophie, Theologie, Landwirtschaft, Literatur, Kunst, ferner sind erlaubt Musikalien, Noten, Kunstzeitschriften, Plastiker, Wörterbücher, Modezeitschriften. Weiterhin verboten sind Bücher in nichtdeutscher Sprache, mit Ausnahme der Tauchnitz-Bibliothek, Romane und Novellen im allgemeinen, Zeitungen politischen Inhalts mit Ausnahme besonders bewilligter, Flugschriften, Broschüren, Witz-, Sport- und Unterhaltungsblätter, Zeitungen aus dem neutralen Auslande. Da alle Drucksachen nur in Sammelsendungen wegen der Zensur eingeführt werden, können Einzelpersonen nicht beziehen, sondern müssen dazu die ermächtigten Buchhandlungen, Agenturen oder die Post in Anspruch nehmen. Unter den zugelassenen Tageszeitungen befinden sich die meisten größeren Blätter aus dem unbesetzten Deutschland, die bei der Post bestellt werden können.

e. Karlsruhe, 25. Jnauar.

Wie soeben offiziell bekannt wird, werden die **Franzosen** am 29. Januar, nachmittags 5 Uhr, den **Brückenkopf von Kehl** besetzen und zugleich einen großen Teil des **badischen Hanauer Landes auf dem rechten Rheinufer**. In die Besetzungslinie fällt unter anderem die Stadt Kehl, dagegen geht die Grenzlinie knapp westlich der Bahnlinie Kehl—Appenweier, so daß der Bahnhof Appenweier selbst außerhalb der Besetzungslinie bleibt und infolgedessen eine Störung oder Unterbrechung der Staatsbahnlinie Frankfurt a. M.—Mannheim—Offenburg—Appenweier—Basel vermieden werden dürfte.

Die Berliner Theater werden morgen (Sonntag) die angekündigten **Nachmittagsvorstellungen** sämtlich veranstalten. Ueber den Beginn und Schluß der Abendvorstellungen, die nach der Verordnung der Kohlenstelle nicht länger als drei Stunden dauern dürfen, wird sich das Publikum in Zukunft aus den Inseraten informieren müssen. Im allgemeinen aber werden die Vorstellungen um 7 Uhr abends beginnen. Das Publikum erhält erst eine Viertelstunde vor Beginn der Vorstellungen Einlaß in das Theater und eine Viertelstunde nach dem Fallen des Vorhangs müssen im Theater alle Lampen gelöscht sein. Denn: falls die Direktoren mehr Strom verbrauchen, als die Kohlenstelle ihnen gestattet, wird ihnen nach zweimaliger Vermahnung der Strom abgeschnitten.

Theaterchronik. Georg Kaisers Spiel „**Von morgens bis mitternachts**" gelangt am Freitag, 31. d. M., im **Deutschen Theater** zum ersten Male zur Darstellung.

Am Dienstag singt **Mia Werber** im **Wallner-Theater** zum ersten Male die Rolle der O Mimosa San in der Operette „**Die Geisha**".

Im **Rose-Theater** gelangt morgen nachmittag, 3 Uhr, die Oper „**Martha**" zur Aufführung. Die Titelrolle singt Margarete Pfahl als Gast vom früheren Hoftheater in Schwerin.

Geh. San.-Rat Dr. Adolf Gottstein, der Leiter des Gesundheitswesens der Stadt Charlottenburg, hat den Professortitel erhalten. Gottstein gehört zu den angesehensten Kommunalhygienikern. Er ist ausgegangen von der Bakteriologie, und zwar aus der Schule Robert Kochs, und hat sich später mehr und mehr der Städtehygiene zugewandt. In Charlottenburg hat er eine große Reihe von wichtigen Untersuchungen über Einzelfragen aus dem Gesamtgebiet der Hygiene veröffentlicht.

Britische Gelehrte über die deutsche Wissenschaft. Im erfreulichen Gegensatze zu manchen anderen englischen Gelehrten (wie zum Beispiel Sayce) haben die englischen **Aegyptologen** im Weltkrieg eine klare Objektivität der deutschen Wissenschaft gegenüber bewahrt. So hat das „Journal of Egyptian Archaeology", die führende Zeitschrift dieser Wissenschaft, während des Krieges einen ihr vor Kriegsausbruch übersandten Aufsatz des Göttinger Aegyptologen **Kurt Sethe** abgedruckt und dazu bemerkt, daß „national animosities" in der Wissenschaft nicht existieren dürfen. Ein Gelehrter wie der bekannte Papyrologe **Bell** gibt bei der Besprechung der Arbeit seines deutschen im Felde stehenden Fachgenossen Plaumann der Hoffnung Ausdruck, daß ein für die Wissenschaft so wertvolles Leben ihr erhalten bleiben möge. (Dr. **Gerhard Plaumann**, Kustos an den Berliner Museen, ist inzwischen am 23. Oktober 1918 an der belgischen Grenze gefallen.) Ein anderer Aegyptologe, **Alan H. Gardiner**, hat brieflich durch einen dänischen Kollegen seine deutschen Fachgenossen wissen lassen, daß er nie vergessen werde, was er der deutschen Wissenschaft verdankt.

Wissenschaftliche Nachrichten. Geh. Medizinalrat Prof. Dr. **Karl Hirsch**, Direktor der medizinischen Klinik an der Universität **Göttingen**, erhielt einen Ruf an die Universität **Bonn** als Nachfolger von Adolf Schmidt.

Univ.-Bibliothekar Dr. **Robert Gradmann**, außerordentlicher Professor für Geographie in **Tübingen**, hat den Ruf auf das geographische Ordinariat an der Universität **Erlangen** angenommen.

Die venia legendi für Sanskrit und indische Philologie erhielt an der Universität **Halle** a. S. Dr. **Wilhelm Jahn**, bisher Privatdozent in Zürich.

Kleine Mitteilungen. **Grete Nordega** veranstaltet morgen abend 7½ Uhr im Meistersaal einen Heiteren Abend. — In der **Volkshochschule des Nordens**, Schönhauser Allee 142, beginnen am 28. Januar folgende Vortragsreihen: Heinrich v. Kleist (Oberlehrer Schlemmer), Einführung in die Psychologie (Dr. Wegener), Die Malerei im 19. Jahrhundert (Dr. Kurth). Ausführliche Verzeichnisse durch die Geschäftsstelle, Gethsemanestraße 9. — **Friedrich Moest** liest am 28. Januar im Saal der Reicherschen Hochschule, Fasanenstraße 38, Novellen von **Max Brod** und **Heinrich Mann**. — **Meinhard Maur** vom Deutschen Theater veranstaltet am 11. Februar im Meistersaal einen Grotesken-Abend (E. T. A. Hoffmann, Heine, Scheerbart, Karl Kraus, Chr. Morgenstern und Parodien auf die Expressionisten). Die Wiederholung des Chr.-Morgenstern-Abends findet am 13. Februar statt. — Der Goethe-Abend von **Jetta Rintel** im Harmoniumsaal ist auf den 9. Februar verlegt worden.

Die Bekämpfung des Streikfiebers.

Arbeitspflicht.

P. M. Die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit der augenblicklichen Zustände auf dem Arbeitsmarkt ist allgemein geworden. Am wenigsten kann sich die provisorische Regierung der Einsicht entziehen, daß Deutschland zugrunde gehen muß, wenn an die Stelle der heutigen Anarchie nicht schleunigst geordnete Verhältnisse treten. Auf der einen Seite sehen wir, daß in den Großstädten Hunderttausende arbeitslos umherlungern, während für lebensnotwendige Arbeiten in den Bergwerken und auf dem Lande sich keine bereiten Hände finden; und ebenso müssen wir erleben, daß der Produktionsprozeß beständig unterbrochen, der geregelte Gang des Verkehrs durch unaufhörliche Streiks gestört wird. Die Sozialdemokratie, die erst die Geister rief, ist sich denn auch darüber einig, daß es in der bisherigen Weise nicht weiter gehen kann. Der „Vorwärts" sucht den Arbeitern klar zu machen, daß zwischen dem Streikrecht in der bürgerlichen Gesellschaft und in den heutigen Uebergangszuständen ein Unterschied sei. Damals habe der Arbeiter das Streikrecht und sogar die Streikpflicht gehabt, während heute die Streiks „Totengräberarbeit am Volke" seien.

Stimmen wir sonach in der prinzipiellen Ablehnung des Streikrechts im gegenwärtigen Augenblick mit den Vertretern der Mehrheitssozialdemokratie durchaus überein, so sind wir uns doch darüber völlig klar, daß heute mit Worten allein nichts mehr erreicht werden kann. An Argumenten, um das einst so arbeitsfreudige deutsche Volk aus der heute eingerissenen Müßiggängerei herauszubringen und wieder zur Arbeit zu gewöhnen, hat es nicht gefehlt; und ebensowenig an dem schlüssigen Nachweis, daß alle Aufbesserungen einzelner Arbeiterkategorien nicht das mindeste zur Erweiterung des vorhandenen Nahrungsmittelspielraums helfen können. Alle die schönen Worte waren in den Wind geredet. Das Streikfieber macht die von ihm Befallenen für jede vernünftige Erwägung unzugänglich. Wenn es den Arbeitern der Hochbahn oder der Straßenbahn oder der Elektrizitätswerke gerade paßt, dann werfen sie die Arbeit hin und kümmern sich nicht darum, daß ganz Berlin zur Untätigkeit verdammt wird. Gegen diesen Wahnsinn können nur die schärfsten und einschneidendsten Gegenmittel noch etwas helfen. Die Regierung hat denn auch mit entsprechenden Maßregeln ebenso gegen die Arbeitslosigkeit wie gegen die Arbeitseinstellungen gedroht. Es ist höchste Zeit, daß solche Gegenmittel wirklich angewandt werden.

Selbstverständlich kommt heute gar nicht in Frage, daß die Arbeiter in ihren Rechten verkürzt werden sollen. Eine Ausbeutung des Arbeiters ist heute ohnehin unmöglich, und man wird nicht das mindeste dagegen einzuwenden haben, daß sie in ihren Rechten und in der Erlangung ausreichender Löhne und Arbeitsbedingungen nach allen Richtungen gesichert werden. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitslosen und dem Staatssekretär des Demobilmachungsamtes haben ja bereits erkennen lassen, daß allen billigen Wünschen der Arbeitslosen Rücksicht getragen werden soll. Ebenso ist durch Schiedsgerichte dafür gesorgt, daß auch den Arbeitern, die sich verkürzt fühlen, ihr Recht auf geordnetem Wege wird. Sollte in dieser Organisation noch irgendeine Lücke sein, so werden nicht bloß die Regierungsvertreter, sondern auch die Arbeitgeber bereit sein, sie auszufüllen. Aber nachdem diese Sicherungen für das Arbeiterrecht geschaffen worden sind, muß nun mit aller Energie eingegriffen werden, damit die Arbeitslosen nützlicher Arbeit zugeführt werden, und ebenso, damit Arbeitseinstellungen unmöglich gemacht werden. Dazu muß als oberster Grundsatz die Arbeitspflicht für alle arbeitsfähigen Personen durchgeführt werden. Den Arbeitslosen ist jede Unterstützung zu entziehen, wenn aus nichtigen Gründen die Uebernahme von Arbeit verweigert wird. Ebenso sind diejenigen Arbeitslosen, die nicht schon vor dem Kriege in den Großstädten wohnten, nach ihren Heimatorten abzuschieben. Wir freuen uns, daß die Regierung mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bereits den Anfang gemacht und folgende Maßnahmen verfügt hat:

> Die Erwerbslosenfürsorgeverordnung vom 13. November 1918 ist dahin abgeändert worden, daß alle Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen anderen Ort gezogen sind, von diesem Ort nicht länger als vier Wochen Unterstützung erhalten dürfen, auch wenn ihnen eine geeignete Arbeit nicht hat nachgewiesen werden können. Die gleiche Beschränkung gilt auch für die vorläufige vorschußweise Unterstützung von Kriegsteilnehmern (bisher war die Unterstützungsdauer nicht begrenzt worden). Die Unterstützung wird weiter gewährt, wenn sich die Rückkehr in den früheren Wohnort als tatsächlich unausführbar erweist. Ferner sind die Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet, die Unterstützung zu versagen oder zu entziehen, wenn der Erwerbslose sich weigert, eine nachgewiesene Arbeit anzunehmen. Die Entziehung der Erwerbslosenunterstützung darf nicht vor Ablauf von zwei Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung erfolgen.

Bei energischer Durchführung dieser Bestimmung wird hoffentlich dem Müßiggang arbeitskräftiger Massen ein Riegel vorgeschoben werden. Nicht minder sind aber gegen die vom Zaun gebrochenen Streiks die schärfsten Maßnahmen am Platze. Die Volksgesamtheit erträgt es nicht länger, daß sie zum Spielball willkürlicher Streiks gemacht wird. Man muß auf diesem Gebiet radikal vorgehen. Auch solchen Arbeitgebern gegenüber, die willkürlich ihre Betriebe zu schließen versuchen, halten wir scharfe Gegenmaßnahmen für unentbehrlich. Heute muß sich das ganze arbeitende Volk als solidarisch fühlen in der Abwehr der gemeinsamen Gefahr, da es sich aus der dauernden Beunruhigung des Arbeitsmarktes durch willkürliche Eingriffe, von welcher Seite sie auch kommen mögen, vor die drohende Gefahr des Zusammenbruchs gestellt sieht. Auf diesem Gebiet hat die augenblickliche Regierung zu zeigen, was sie wirklich vermag. Jede Verlängerung der bisherigen Zauderpolitik, jede schwächliche Nachgiebigkeit bedeutet ein Verbrechen am deutschen Volk.

Streik und kein Ende.

Neue Ausstände im Ruhr- und Dillgebiet.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

b. Essen, 25. Januar.

Nachdem einen Tag lang auf allen Zechen des Ruhrreviers gearbeitet worden war, trat gestern schon wieder die Belegschaft der Zeche „Vereinigte Schürbank und Charlottenburg" in den Ausstand. Seit heute früh ist auch die Belegschaft der Zeche „Teutoburgia" des Bochumer Vereins in den Streik getreten. In der Zeit vom 2. Dezember bis 20. Januar sind infolge der verschiedenen Ausstände auf 111 Schachtanlagen des Ruhrreviers **insgesamt 60 000 Schichten ausgefallen,** was einem Förderausfall von 450 000 Tonnen zur Folge hatte. Auch auf den Eisengruben des Dill-Reviers sind annähernd 5000 Bergleute ausständig. Sie fordern eine Lohnerhöhung um 2 bis 4 Mark pro Tag. Wenn der Streik nicht bald beendigt ist, müssen die Hochöfen stillgelegt werden, womit zugleich die Licht- und Kraftversorgung des gesamten Dill-Reviers eingestellt werden müßte.

Der Plan eines Reichs-Energiegesetzes.

Am 23. Januar hielt der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts einen Vortrag über die Gesetzentwürfe zur Regelung der Energiewirtschaft des Reichs. Es handelt sich um die einheitliche Organisation und Verwendung aller natürlichen Energiequellen, die Deutschland besitzt. Diese Energiequellen ruhen vor allem in den Brennstoffen und in den Wasserkräften, in Kohle, Torf, Erdöl und Wasser. Diese wandeln sich um in Dampf, Druckluft, Gase, Treib-, Heiz- und Leuchtöle und in elektrischer Energie und beleben damit die gesamte Volkswirtschaft. Alle diese Kräfte in gemeinwirtschaftlichem Interesse zu organisieren und damit nicht nur die einzelnen Betriebe der deutschen Wirtschaft zu heben, sondern vor allem die Gemeinwirtschaft Deutschlands zu entfalten, ist die Hauptaufgabe der vorliegenden Gesetzentwürfe. Der Staatssekretär behandelte dabei die Sozialisierung, unter der er die Prüfung der Frage verstanden wissen will, ob im Wirtschaftsleben neue Wirtschaftsformen mit größerem Nutzeffekt als die privatwirtschaftlichen möglich sind. Es handelt sich im wesentlichen um den großzügigen Plan einer geordneten Verteilung und einer möglichst vorteilhaften Verwertung unserer Energievorräte, die um so notwendiger ist, als das deutsche Reichsgebiet bekanntlich nur begrenzte Mengen dieser Energievorräte besitzt und sie unwiegerlich und bald aufzehren würde, wenn sie schrankenlos einer individuellen Profitwirtschaft ausgeliefert blieben. Die Gesetzentwürfe des Reichswirtschaftsamts bestehen aus einem allgemeinen zusammenfassenden Rahmengesetz und aus den einzelnen Entwürfen über die Bewirtschaftung der Kohle, Elektrizität usw.

In der Kohlenwirtschaft ist bei den drei Stufen: Produktion, Vertrieb und Verwertung der Kohle, eine zusammenfassende Organisation am weitesten vorgeschritten bei dem Vertrieb. Es ergibt sich daher, daß der Plan, die Kohlenwirtschaft unter einen starken, einheitlichen Einfluß zu stellen, bei dem Vertrieb der Kohle beginnen muß, weil dort der Boden am besten vorbereitet ist. Bei der Durchführung des Programms beanspruchen der soziale, der wirtschaftliche und der finanzielle Gesichtspunkt eine gleich starke Berücksichtigung. Dabei findet jedoch der eine stets seine Grenze in den anderen, und als Wesentlichstes muß stets die notwendige Vorwärts- und Aufwärtsentwicklung durch einen genügenden wirtschaftlichen Anreiz festgehalten werden.

In manchen Bundesstaaten hat man bereits damit begonnen, die weitere Entwicklung der Elektrizitätsversorgung in günstigem Sinne zu beeinflussen. Das Reich muß hier an das Bestehende anknüpfen und es nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten weiterentwickeln. Dabei gibt es noch große Gebiete, die vom Standpunkte gesunder nationaler Energiewirtschaft der Elektrizität zufallen müssen. Zweckmäßig wird das Reichsgebiet in organisch abgegrenzte Versorgungsbezirke eingeteilt. In jedem Bezirk schließen sich die Starkstromunternehmer unter dem regelnden Einfluß des Reiches und der Bundesstaaten geschäftlich und betrieblich zusammen. Die an der Verteilung und dem Verbrauch der Elektrizität beteiligten Kreise wirken an der einheitlichen und zweckmäßigen Elektrizitätsversorgung ihres Bezirkes mit. Kein bureaukratisch enges System und kein Netz von staatlichen Eingriffen soll um die Elektrizitätswirtschaft gelegt werden. Das Reich will ein gesetzliches Fundament legen, auf dem sich eine auf Selbstverwaltung gegründete, nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten beeinflußte Geschäftstätigkeit so entfalten kann, wie es zugleich im Interesse des Versorgungsbezirkes und des ganzen Reiches liegt.

---

* **Staatliche Wohnungsfürsorgegesellschaft für die Provinz Brandenburg.** Eine Wohnungsfürsorgegesellschaft „Märkische Heimstätte G. m. b. H." mit einem Kapital von zunächst 7 Millionen Mark, wurde begründet, an der sich der Staat auf Grund des Artikels 8 des Wohnungsgesetzes mit einem Kapital von 1¼ Millionen Mark, die Provinz Brandenburg mit 2½ Millionen Mark beteiligt hat. Die neue Gesellschaft wird neben der Siedlungsgesellschaft Niederbarnim die Erschließung des fiskalischen Siedlungslandes in Groß-Berlin zur Aufgabe haben. Außerdem wird sie durch Hypothekenbeschaffung die gemeinnützige und private Bautätigkeit fördern und dafür Sorge tragen, daß der Wohnungsnot möglichst durch Schaffung von Siedlungen in weiträumiger Form mit Gärten begegnet wird. Zum leitenden Geschäftsführer wurde der bisherige erste Direktor der Siedlungsgesellschaft „Sachsenland" in Halle/Saale, Regierungsrat Metz, gewählt. Ferner wurde der Geschäftsführer des Groß-Berliner Vereins für Kleinwohnungswesen, Architekt Dipl.-Ing. E. Leyser, in den Vorstand berufen.

* Die **Deutsche demokratische Partei in Steglitz** hält heute abend zwei große Versammlungen in der Oberrealschule und im Gymnasium ab. Es sprechen Oberbürgermeister Dominicus-Schöneberg, Kandidat zur preußischen Nationalversammlung, und Chefredakteur Nuschke, Mitglied der deutschen Nationalversammlung.

Die Beerdigung Liebknechts.

32 Opfer der Spartacus-Wirren. — Umfangreiche Absperrungen in Berlin.

Zweiunddreißig Opfer der Spartacus-Wirren wurden heute beerdigt, unter ihnen Karl Liebknecht. Nach den Erfahrungen der letzten Zeit hatte die Regierung befürchtet, daß die Trauerfeier von den Spartacisten zu einer jener Demonstrationen ausgenutzt würde, wie sie Berlin jetzt zur Genüge durchgemacht hat. Es waren daher weitgehende Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Die ganze Friedrichstadt und Teile des Zentrums vom Reichstagsgebäude bis zum Alexanderplatz waren in weitem Umkreise abgesperrt. Unabhängige und Spartacisten hatten die Absicht, wie bei früheren Anlässen den Weg in geschlossenen Zuge von der Siegesallee aus zu nehmen. Dieser Plan wurde durch die im heutigen Morgenblatt mitgeteilte amtliche Bekanntmachung vereitelt, nach der es nur gestattet wurde, in geschlossenem Zuge vom Friedrichshain bis Friedrichsfelde zu ziehen. Die „Freiheit" erklärte zwar heute morgen, „daß eine Aenderung der getroffenen Bestimmungen für diese Trauerfeier bei der vorgerückten Stunde unmöglich" sei, doch kamen, wie bis zur Mittagsstunde festgestellt werden konnte, die Veranstalter der Feierlichkeit zum Einsehen und fügten sich willig der Verordnung.

Es hatte sich um 11 Uhr eine größere Anzahl von Kranzdeputationen etwa 100 Mann eingefunden, die zuerst versuchten, durch das Brandenburger Tor zu marschieren. Hier aber stießen sie auf eine Postenkette von Regierungssoldaten und nahmen den Weg über Moabit. Auch später erschienene kleine Trupps wurden nach verschiedenen Richtungen hin abgedrängt.

Die innere Stadt glich bereits in den ersten Morgenstunden wieder einmal einem Heerlager. Die Straßenbahnwagen wurden abgeleitet und blieben vielfach stehen. So standen um 10 Uhr vormittags in ununterbrochener Reihe mehr als 100 Wagen vom Brandenburger Tor, die Königgrätzer Straße entlang, die Alhalter Straße und Kochstraße bis zur Jerusalemer Straße, ohne weiterzukommen. Die Untergrundbahn hielt in der inneren Stadt nicht, sie fuhr in einem Zuge vom Gleisdreieck bis zum Bahnhof Klosterstraße. Die Wilhelmstraße, die Linden, und deren Zugangsstraßen durften nur gegen Ausweis passiert werden. In der Wilhelmstraße hielt an der Ecke der Kochstraße ein Trupp Regierungssoldaten, die ein Plakat mit der bereits in Berlin bekannten Warnung aufgepflanzt hatten „Halt, wer weitergeht, wird erschossen". Eine Postenkette mit der gleichen Warnungstafel sperrte die Markgrafenstraße an der Zimmerstraße. An vielen Stellen waren Maschinengewehre aufgestellt. Am Potsdamer Platz, ebenso wie am Kemperplatz waren Feldgeschütze aufgefahren. Lastautomobile, mit Maschinengewehren besetzt, durchfuhren die Straßen. Das Brandenburger Tor war ebenfalls stark besetzt.

Die Ruhe wurde nirgends gestört. Die Beisetzungsfeierlichkeiten begannen um 12 Uhr. Der Trauerzug bildete sich im Friedrichshain und bewegte sich dann nach Friedrichsfelde. Die Särge wurden auf acht mit Tannenreisern geschmückten, rot behängten Rollwagen vom Leichenschauhaus nach dem Friedrichsfelder Friedhof überführt.

Der erste Tag der Gassperrstunden.

Sperre von heute nachmittag ab.

Viele Berliner Hausfrauen wurden heute vormittag angenehm überrascht, als sie feststellten, daß ihre Gaskocher trotz der für heute angekündigten Gassperrstunden, die um 8½ Uhr vormittags in Kraft treten sollten, ohne Störung weiter mit Gas gespeist wurden. Die Direktion der städtischen Gaswerke hatte für den Vormittag die Sperre noch nicht angeordnet. Erst am heutigen Nachmittag wird die Sperrzeit in die Erscheinung treten, indem von 2 bis 5½ Uhr der Gaszufluß aufhört. Wie uns ein Mitglied der Direktion der städtischen Gaswerke auf Anfrage mitteilte, kommt die Sperre erst für heute nachmittag angesetzt werden, da die Veröffentlichung der Verfügung zu spät erfolgte. Bei einer Durchführung der Sperrstunden schon am Vormittag hätte eine gewisse Gefahr darin bestanden, daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung aus Unkenntnis der Verfügung die Gashähne offen gelassen hätte. Unglücksfälle wären also kaum zu vermeiden gewesen.

Die Sperre selbst wird von den einzelnen Gasanstalten aus vorgenommen. Durch Regulatoren wird dort der Druck entsprechend herabgesetzt. Dabei ist nicht ausgeschlossen, daß in einzelnen Stadtteilen auch während der Sperrstunden hier und da Gas gebrannt werden kann. Die Gaswerke sind nämlich gezwungen, das Rohrnetz auch in der Sperrzeit unter einem kleinen Gasdruck von etwa 10 Millimetern zu halten, um dadurch zu verhüten, daß Luft in das Rohrnetz eintritt, wodurch sich leicht ein explosives Gemisch bilden kann. Ein gewisser Ueberdruck muß also in den Rohren unbedingt vorhanden sein. Da das Gas leichter ist als die Luft, also einen Auftrieb besitzt, werden die Bewohner der oberen Stockwerke besser daran sein als die Mieter der unteren Etagen. Auch die höher gelegenen Stadtteile — so beispielsweise der sogenannte Windmühlenberg in der Danziger Straße, der etwa 10 bis 15 Meter höher liegt — sind etwas im Vorteil. Aus rein technischen Gründen läßt sich hieran nichts ändern. Bei der Direktion der städtischen Gaswerke ist heute schon eine ganze Anzahl von Beschwerden und Zuschriften eingelaufen, die sich auf die Gassperrstunden beziehen. Die Direktion ist aber machtlos und kann die Beschwerden nur an die Kohlenstelle Groß-Berlin weitergeben. Aus vielen Zuschriften geht hervor, daß man der Ansicht ist, es könne die eine oder die andere Ausnahme gemacht werden. Auch das ist nicht möglich, da der Druck im gesamten Rohrnetz heruntergesetzt wird.

Der

Verband Berliner Spezialgeschäfte

hat heute vormittag ein dringendes Telegramm an die Kohlenstelle Groß-Berlin gerichtet und darauf hingewiesen, daß die offenen Ladengeschäfte durch die Einschränkung der Gassperrstunden ganz empfindlich betroffen werden, soweit sie nur Gasbeleuchtung haben. Diese Geschäfte sind durch die neue Verordnung gezwungen, die Läden früher zu schließen, so daß sie den anderen Geschäften gegenüber, die elektrisches Licht haben, ins Hintertreffen kommen. Die Verbandsleitung hat bei der Kohlenstelle Ausnahmebestimmungen für die Ladengeschäfte beantragt. Ob dies erreichbar ist, erscheint aber fraglich, da die Gassperre so durchgeführt wird, daß die Gaszufuhr einheitlich aufhört. Unter diesen Umständen wird der Verband Berliner Spezialgeschäfte in seiner nächsten Mitgliederversammlung die Frage erörtern, ob es zweckmäßig ist, auf Grund der neuen Einschränkungen die englische Arbeitszeit einzuführen, so daß die Mittagspausen für die Angestellten fortfallen und die Geschäfte etwa von 9—5 Uhr nachmittags geöffnet sind.

Die Verlegung der landwirtschaftlichen Hochschule nach Potsdam. In der gestrigen Sitzung der Potsdamer Stadtverordneten wurde an den Oberbürgermeister Boßberg eine Anfrage wegen der geplanten Verlegung der Landwirtschaftlichen Hochschule nach Potsdam gerichtet. Der Oberbürgermeister erklärte, daß diese Angelegenheit bereits vor dem Kriege endgültig beschlossen worden sei und eine schrittweise Verlegung nach Potsdam stattfinden sollte, für die ja auch schon durch die Unterbringung der Abteilung für Veterinärmedizin in Potsdam der Anfang gemacht worden ist. Potsdam mußte annehmen, daß bei der Verlegung der Landwirtschaftlichen Hochschule Potsdam die Gelegenheit gegeben werden würde, das bei der Verlegung des Oberpräsidiums gegebene Versprechen des alten Regimes einzulösen, wonach die Stadt für das Oberpräsidium entschädigt werden sollte. Das Rektorat der Hochschule wolle selbst aus Berlin heraus, da die Schule in Berlin nicht die Entwickelungsmöglichkeit besitze, die sie brauche. Der Lehrkörper habe einstimmig beschlossen, seine Tätigkeit einzustellen, wenn nicht die Verlegung endgültig geregelt wird. Die Kosten eines Neubaues waren vor dem Kriege auf 6 Millionen veranschlagt. Mit der politischen Umwälzung kam aber diese Angelegenheit in ein neues Fahrwasser. Das Hauptinteresse richtete sich auf das Orangeriegebäude, die Gewächshäuser und die Kaserne des Lehrinfanteriebataillons. Potsdam ist bereit, die Eingemeindung vorzunehmen, doch machen sich leider Widerstände bemerkbar. Potsdam wird daher mit aller Energie für die Verlegung einsetzen müssen.

Kleine Notizen. Die bekannte Nervenheil- und Pflegeanstalt Schöneberg (Maison de santé), Hauptstraße 14/16, ist von dem Eigentümer, Sanitätsrat Dr. Lewinstein, der Stadtgemeinde Schöneberg zum Ankauf angeboten worden. Die Stadt Schöneberg hätte als Kaufpreis dem Verkäufer eine jährliche lebenslängliche Rente zu bezahlen.

Ein Mitglied der Nationalversammlung verhaftet. Das neugewählte Mitglied der Nationalversammlung, der Führer der Sozialdemokraten Oberbadens, Redakteur Karl Großhaus in Konstanz, wurde, wie uns ein Privat-Telegramm meldet, in Kreuzlingen von den Schweizer Behörden wegen Schmuggelns aus der Schweiz nach Deutschland verhaftet.

Von der Schwägerin ermordet. In Dortmund wurde einem Privat-Telegramm zufolge eine Frau Bölling von ihrer Schwägerin aus Eifersucht ermordet. Die Mörderin schnitt ihrem Opfer den Hals durch. Sie wurde verhaftet.

Aus Nah und Fern. Die Angestellten der Straßenbahn in Stettin sind in den Ausstand getreten. Der Straßenbahnverkehr ist eingestellt.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Zeitweise etwas nebelig, sonst trocken und ziemlich heiter bei frischen südöstlichen Winden; außer um Mittag mäßiger Frost.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Im Nordwesten leichte Schnee- und Regenfälle, in den meisten anderen Gegenden stellenweise nebelig.

Wochenspielplan Berliner Bühnen. Erstaufführungen. Schauspielhaus: 29. „Hölbalin" E. — Deutsches Th.: 31. „Von Morgens bis Mitternacht" E. — Th. i. d. Königgrätzer Str.: 31. „Purpus" N. — Volksbühne 31. „Luther" E — Luisen-Th.: „Der Strom" E.

Wechselnder Spielplan. Opernhaus: 26. „Carmen", 27. „Mignon", 28. „Königskinder", 29. „Rosenkavalier", 30. „Mona Lisa", 31. „Tiefland", 1. „Violetta" 2. „Legende", 3. „Fliegender Holländer". — Schauspielhaus: 24.; 30. „Halber Held" 27. „Gespenster", 28. „Flachsmann als Erzieher", 29., 2. E. „Hölbalin", 31. „Meine Frau, die Hofschauspielerin", 1. „Othello", 3. „Peer Gynt". — Deutsches Th.: 26. n. „Der Sturz des Apostels Paulus", 26., 28., 29., 30., 1., 3. „Und das Licht scheint in der Finsternis" 27. „Faust I". 31., 2. „Von Morgens bis Mitternacht" E. — Kammerspiele: 26. n., 2. n. „Frühlings Erwachen", 27. „Ein Geschlecht", 28., 1. „Michael Kramer", 29. „Der Sohn", 30. „Gespenstersonate", 31. 2. „Der Sturz des Apostels Paulus". — Lessing-Th.: 26. n., 2. n. „Perleberg", „Partie Piquet", 26., 28., 30., 1., 2. „König", 27., 29., 31., 3. „Der Schöpfer". — Th. i. d. Königgrätzer Str.: 26, 27, 29., 30., 1., 3. „Musik". 31. 2. „Purpus". — Komödienhaus: 26., 28., 30., 1. „Eselei", 27., 29. „Die tanzende Nymphe", 31., 2. „Erdgeist", 2. n. „Die Ehre". — Volksbühne: 26. n., 2. n., 3. „Maß für Maß", 26., 29. „Wilhelm Tell", 27., 1. „Die armseligen Besenbinder", 28., 30. „Komödie der Liebe". 31. 2. „Luther" E. — Dtsch. Opernhaus, Charl.: 26. n. „Fidelio", 26. „Mignon", 27. „Lohengrin", 28. „Tiefland" 29. „Die Fledermaus", 30., 3. „Das Glöckchen des Eremiten", 31. „Tiefland" 1. „Oberon", 2 n. „Preciosa", „Die Verlobung bei der Laterne", 2. „Carmen". — Kleines Theater: 26. n. „Henriette Jacoby", 26., 28. 29., 30., 31., 1., 2., 3. „Tabula rasa", 27. „Jettchen Gebert". — Residenz-Th.: 26. bis 31 „Der Lebensschüler", 1., 2. „Das höhere Leben" E., 29. n „Rotkäppchen" 31. n. „Hänsel u. Gretel", 1. n. „Schneewittchen". — Palast-Th.: 27., 29., 1., 3. „Der Mikado", 28., 30., 31., 2. „Die im Schatten leben" — Th. a. Nollendorfpl.: 26. n., 29., 3 „Eva", 26., 28., 30., 1, 2. „Der Juxbaron", 27., 31., 2. n. „Drei alte Schachteln", 29. n., 30. n., 1 n. „Dr. Klaus". — Luisen-Th.: 26., 2. n. „Die Räuber", 26 n., 27. bis 31. „Neue Heimat", 1. bis 3. „Der Strom" E., 29. n. „Max und Moritz", 1. n. „Dornröschen".

Täglich. Th. d. Westens: „Lustige Witwe". — Komische Oper: „Schwarzwaldmädel." — N. Operettenhaus: „Die keusche Susanne", „Ballett Charell", 26. n., 2. n. „Der Soldat der Marie." — Friedrich-Wilhelm-St. Th.: „Hannerl", 26 n. „Troubadour" 2. n. „Dreimäderlhaus". — Lustspielhaus: „Die spanische Fliege" 26. n., 2. n. „Ein Rabenvater." — Metropol-Th.: „Die Faschingsfee." — Trianon-Th.: „Der gute Ruf." — Thalia-Th.: „Polnische Wirtschaft", 26. n., 2. n. „Blühende Linde." Th. d. Friedrichstadt: „Drei tolle Tage." — Central-Th.: „Rose von Stambul." — Rose-Th.: „Das Dreimäderlhaus" 26. n. „Martha", 1. n. „Frau Holle", 2. n. „Der Freischütz." — Walhalla-Th.: „August der Starke", 26. n. „Der Troubadour" 29 n. „Frau Holle", 2. n. „Die Tochter des Herrn Fabricius." — National-Th.: „Prinzenliebe", 26 n., 2 n. „Mäuschen." — Wallnertheater: „Geisha", 2. n. „Graf Habenichts". — Kleines Schauspielhaus. „Die Büchse der Pandora", 31. geschlossen. — Dtsch. Künstler-Th.: „Nachtbeleuchtung" 26. n., 2. n. „Blaufuchs" 29. n., 1. n. „Reise ins Schlaraffenland." — Berliner Th.: „Sterne, die wieder leuchten" 26. n. 2. n. „Tolle Komteß."

Auswärtige Bühnen. Kassel Staatliche Schauspiele: 26. n. „Die verlorene Tochter" 26. „Der Rosenkavalier", 27. „Fuhrmann Henschel" 28. „Der Barbier von Sevilla" 29., 3. „Der lebende Leichnam" E. 30. „Das Dreimäderlhaus" 31. „Martha", 1. „Don Carlos", 2. n. „Wie Klein-Else das Christkind suchen ging", 2. „Cavalleria Rusticana", „Der Bajazzo." — Hannover, Staatliches Theater: 26. n „Durchs Märchenland", „Fra Diavolo", 27. „Robert und Bertram", 28. „Hugenotten" 29. „Wallensteins Tod", 30. „Figaros Hochzeit" 31 „Kabale und Liebe", 1. „Undine", 2. „Meistersinger", 3. „Großstadtluft." — Leipzig, Schauspielhaus: 26 n., 28. n., 29. n., 31. n., 1. n., 2. n. „Das tapfere Schneiderlein", 26., 1. „Liebe", 27. 28., 3. „Nachtbeleuchtung", 29., 31. „Gas", 30. „Und das Licht scheinet in der Finsternis", 2. „Das Extemporale", 4. „Der Schrittmacher", E.

Die Arbeiter und der „Mehrwert".

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Felix Pinner.

In der vergangenen Woche haben 1400 Arbeiter der Städtischen Berliner Elektrizitätswerke nach berühmten Mustern das Ergebnis aussichtsreicher und von den offiziellen Arbeitervertretungen befürworteter Verhandlungen nicht abgewartet, sondern sozusagen von einer Stunde zur anderen von dem Pressionsmittel des Streiks überraschend Gebrauch gemacht. Damit wurde fast der ganze Verkehr, das geschäftliche und bürgerliche Leben einer Zweimillionenstadt auf 24 Stunden lahmgelegt. Wenn die Arbeiter der Rüstungsbetriebe — die noch immer Heeresmaterial weiterarbeiten, um es später wieder einzuschmelzen — alle paar Tage aus materiellen oder politischen Gründen ihre Arbeit niederlegen und auf die Strasse gehen, so mag dies in wirtschaftlicher Beziehung nicht viel auf sich haben, um so mehr aber in moralischer. Schlechte Beispiele verderben gute Sitten, und das geringe Verantwortlichkeitsgefühl, das zunächst bei den Arbeitern der früheren Rüstungsgesellschaften Platz gegriffen hat, musste natürlich auch auf die übrigen Schichten der Arbeiterschaft abfärben. Von mancher sozialistischen Seite ist versucht worden, der Lohnbewegung, in die sich die Revolution aufgelöst hat, ein ethisches Mäntelchen umzuhängen. Man hat gesagt, dass sich die Lohnforderungen nicht allein aus der Jagd nach dem Gelde, aus dem Streben nach Ausnutzung der Revolutionskonjunktur erklärten, sondern dass durch sie der entschiedene Wille der Arbeiterschaft dokumentiert werden soll, endlich Taten auf dem Gebiete der Sozialisierung zu sehen. Bei der Beurteilung des Verhaltens der Arbeiterschaft der Berliner Elektrizitätswerke muss eine derartige mit Ethik verbrämte Motivierung versagen. Es handelt sich hier um einen bereits sozialisierten, d. h. in diesem Falle in kommunalen Besitz überführten Betrieb, wobei daran zu erinnern ist, dass von Regierungsseite kürzlich ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, der kommunale Sozialismus werde eine der nächsten und wichtigsten Stufen für die allgemeine Vergesellschaftung bilden müssen. Die Arbeiter der Berliner Elektrizitätswerke wussten also, dass es bei ihrem Unternehmen einen Mehrwert, der in die Taschen „profithungriger" Kapitalisten fliessen könnte, überhaupt nicht gibt. Sie wussten auch, dass die Mittel für die Erfüllung ihrer Forderung nur durch eine erhebliche Erhöhung der Preise für den Konsum aufzubringen sein würden. Das Recht, Lohnerhöhungen zu fordern, braucht ihnen trotzdem nicht beschränkt zu werden, da sie die herrschende Teuerung ebenso schwer fühlen wie alle übrigen Arbeiter und nicht mit grossen Glücksgütern gesegneten Volksgenossen. Wohl aber musste — wenn die der Lohnbewegung untergelegten ethischen Gesichtspunkte wirklich zutreffend gewesen wären — damit gerechnet werden, dass die Arbeiter eines sozialisierten Betriebes zum Streik als letztem Mittel erst dann greifen würden, wenn alle sonstigen Möglichkeiten zu einer Durchsetzung ihrer Forderung erschöpft gewesen wären. Auch in den Kohlenrevieren hat man ganz ähnliche Beobachtungen gemacht wie in Berlin. Hier ist bekanntlich der Ruf nach Sozialisierung am lautesten erschallt, und die Regierung scheint sich denn auch entschlossen zu haben, auf diesem Gebiete die ersten Sozialisierungsversuche zu unternehmen. Gehen die kürzlich angekündigten Pläne der Regierung — was noch nicht sicher zu sein scheint — auf eine Verstaatlichung des Kohlenbergbaues hinaus, so ist es nicht ohne Wert, festzustellen, dass die Arbeiter der jetzt schon in staatlichem Besitz befindlichen Bergwerke genau so gestreikt haben wie die der privaten Werke; dass sie genau so wenig Rücksicht auf die durch ihr Vorgehen schwer gefährdete Volkswirtschaft genommen und sich zum Teil sogar durch besondere Exzesse hervorgetan haben. Unter diesen Umständen sind berechtigte Zweifel darüber am Platze, ob die Vergesellschaftung des Bergbaues, wenn sie sich der Form der Verstaatlichung bedient, tatsächlich diejenigen sozialen und wirtschaftlichen Vorteile im Gefolge haben wird, die manche Seiten von der Sozialisierung erwarten. Denn auch der Staat und die Kommunen müssen als Besitzer industrieller Betriebe kaufmännisch rechnen. Sollen die Arbeiter durch sie besser gestellt werden als bisher in der Privatwirtschaft, und sollen darüber hinaus noch aus den verstaatlichten Betrieben beträchtliche Ueberschüsse für die Verzinsung der Kriegslasten herausgewirtschaftet werden, so müssten die Unternehmungen wesentlich höhere Erträgnisse erbringen als in der Hand der Privatindustrie, während doch nach den bisherigen Erfahrungen der fiskalische und bureaukratische Betrieb erheblich teuerer arbeitet. Ein kluger Sozialist hat in Erkenntnis dieser oft wiederholten, aber nicht oft genug zu wiederholenden Tatsachen kürzlich erklärt, dass Verstaatlichung und Vergesellschaftung keineswegs dasselbe seien, und dass man nach seiner Ansicht mit der Vergesellschaftung zuerst bei den staatlichen Betrieben anfangen müsse.

Dies ist allerdings leichter gesagt als getan. Schon die Tatsache, dass man praktisch bei allen Sozialisierungsabsichten der Jetztzeit immer wieder auf die Verstaatlichung zurückkommt, deutet darauf hin, dass andere Arten der Vergesellschaftung ausserordentlich schwer zu verwirklichen sind. Die ideale Form der Vergesellschaftung, die nicht Verstaatlichung sein will, besteht darin, dass die Betriebe weiterhin in privater Hand bleiben, aber ihre Reinerträge nicht mehr in Form von Zinsen, Dividenden usw. an das Kapital abführen, sondern denjenigen ausfolgen, die in irgendeiner Form im Betriebe mitarbeiten. Dadurch, dass nur die Arbeit entlohnt wird, soll der sogenannte Mehrwert der Produktion, den jetzt das Kapital einsteckt, frei werden und dazu Verwendung finden können, die Entlohnung der produktiven Arbeit zu erhöhen. Es würden also sogenannte Produktivgenossenschaften zu bilden sein, unter deren Mitgliedern die Gesamterträge der Unternehmungen verteilt werden. Eine solche Umwandlung bietet aber ganz besonders unter den heutigen Umständen fast unüberwindliche Schwierigkeiten. Mit den Kapitalisten, die nichts tun als Coupons schneiden, müssten gleichzeitig auch die Unternehmer aus den Betrieben verschwinden, und mit ihnen gingen häufig die geborenen, geistigen Leiter verloren, die die Betriebe aufgebaut haben, ihre Struktur und Oekonomie in Produktion und Absatz genau kennen und das komplizierte Schaltwerk mit seinen hundert Drähten in richtiger Bewegung zu halten verstehen. Die Produktionsmittel lassen sich expropriieren, nicht aber die Köpfe, die ihnen erst das produktive Leben einflössen und dafür sorgen, dass die Produktion in der richtigen Weise erfolgt und einen ausreichenden Ertrag abwirft. Das Streben nach dem Mehrwert, wie die sozialistische Lehre absprechend den Unternehmergewinn bezeichnet, bildet nun einmal die Triebkraft jeder industriellen Arbeit, und die Erreichung des Mehrwertes ist und bleibt das beste Kriterium für die Wirtschaftlichkeit der geleisteten produktiven Arbeit. Eine Genossenschaft der Arbeitenden wird stets die Neigung haben, den festen Lohn, unbekümmert um den übrigbleibenden Ertrag und die notwendigen Reserven, möglichst hoch zu bemessen, und sie wird damit den Ertrag überhaupt in Frage stellen. Ohne Ertrag, ohne gesundes Verhältnis der Ausgaben und Einnahmen ist aber eine dauernde Produktion nicht möglich. Die Arbeiter haben vielfach — mitten in dem Schwall der Schlagworte, in dem Dunst der Phrasen, mit dem jetzt die Luft erfüllt ist — sehr wohl ein Gefühl für den unsicheren Boden, auf den sie sich bei der genossenschaftlichen Vergesellschaftung begeben würden. In manchen Einzelfällen haben die Arbeiter sich unter Hinweis auf die jetzigen ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse geweigert, die Werke in eigenen Betrieb zu übernehmen. In einem anderen Falle, bei der Eisenbahnsignalbauanstalt Jüdel in Braunschweig, haben sie allerdings eine Resolution gefasst, nach der den Kapitaleinlegern nur eine angemessene Verzinsung sowie eine Risikoprämie gewährt werden, während alles übrige die Arbeiter und Angestellten für sich in Anspruch nehmen sollten. Viele Unternehmer und Kapitalisten würden durchaus damit einverstanden sein, dass sie auf solche Weise der Sorge für ihre Unternehmungen enthoben würden und eine sichere, wenn auch bescheidene Rente erhielten. Gewiss mögen die heutigen Verhältnisse ungewöhnlich sein, aber auch unter normalen Umständen macht man sich vielfach in Arbeiterkreisen falsche Vorstellungen von dem Mehrwert, den das Kapital erzielt. Man glaubt, dass die Aktionäre einer Gesellschaft wirklich auf die von ihnen eingezahlten Nominalkapitalien Dividenden von 20 oder 30 Prozent und mehr „verdienen", und macht sich nicht klar oder will sich nicht klar machen, dass die wirklich investierten Kapitalien in vielen Fällen weit höher sind als die offiziell angegebenen Nominalkapitalien. Ein grosser Teil der Aktien ist bereits mit hohem Aufgeld ausgegeben und von den Aktionären nicht mit 100, sondern mit 200, 300 und mehr Prozent bezahlt worden. Neben den offenen Reserven arbeiten häufig auch stille Reserven mit, die aus früheren Gewinnen aufgespart und im Betriebe stehengeblieben sind. Hier handelt es sich allerdings um einen aus früheren Jahren aufgesammelten, sozusagen kapitalisierten Mehrwert, und es soll — bei aller Anerkennung einer vorsorglichen Reservenpolitik auch für die Stabilität der Arbeiterverhältnisse — nicht geleugnet werden, dass in dieser Hinsicht bei manchen Gesellschaften Uebertreibungen vorgekommen sind, die nicht nur die Aktionäre, sondern auch die Arbeiter aufsässig gemacht haben. Aber im allgemeinen machen sich die Arbeitnehmer von dem Mehrwert der Produktion doch übertriebene Vorstellungen. In Fällen, die ich nachprüfen konnte, ergab sich, dass die Ausschüttungen an Dividenden und Tantiemen 2—10 pCt. der für Löhne und Gehälter gezahlten Beträge ausmachen, so dass die nach Abzug einer angemessenen Kapitalverzinsung oder Kapitalabfindungsrente übrigbleibenden Teile des Mehrwerts das Einkommen der Arbeitnehmer nur wenig erhöhen würden.

Trotzdem würde ich es für falsch erachten, wenn man es schlechtweg ablehnen wollte, die Arbeitnehmer — sei es durch Gewinn- oder durch Kapitalbeteiligungen — am Mehrwert teilnehmen zu lassen. In einer Zeit, in der ungefähr 45 pCt. der deutschen Wähler für den Sozialismus gestimmt haben, lässt sich ein reiner Kapitalismus, geschweige denn ein plutokratischer, nicht mehr aufrechterhalten, und wir müssen nach Formen suchen, die — ohne den Grundsatz des Privatunternehmertums aufzugeben — eine Möglichkeit für die Beteiligung der Arbeitnehmer an den Fragen der Arbeitsregelung und den Erträgnissen der Produktion bieten. Wenn der finanzielle Effekt für die Arbeiter zunächst auch nicht gross sein wird, so ist doch ein erzieherischer Einfluss von einer solchen Massnahme zu erhoffen. Dies System der „konstitutionellen Fabrik" wird den Arbeitnehmern einen tieferen Einblick in das Innere der Betriebsökonomie geben, sie werden nicht mehr das Gefühl haben können, dass hinter hermetisch verschlossenen Polstertüren dunkle Pläne zur Entrechtung der Arbeit und zur Bereicherung des Kapitals geschmiedet werden. So wird am besten das Verantwortlichkeits- und Pflichtgefühl wieder gefestigt werden, das einem Teil der Massen infolge der Kriegs- und Revolutionswirtschaft leider verloren gegangen ist.

✱ **Bankguthaben bei der Veranlagung zur Besitzsteuer und Kriegssteuer.** Eine interessante Entscheidung fällte der VI. Senat des preussischen Oberverwaltungsgerichts. Ein Steuerpflichtiger hatte, entsprechend der Vorschrift des § 6 Ziffer 4 des Besitzsteuergesetzes vom 3. Juli 1913, die auch für das Kriegssteuergesetz vom 21. Juni 1916 galt, Steuerfreiheit für den Betrag von 21 000 M. seines Bankguthabens verlangt. Steuerfrei sind nach jener Vorschrift aus den laufenden Jahreseinkünften vorhandene Bestände und Bank- und sonstigen Guthaben, soweit sie zur Bestreitung der laufenden Ausgaben für drei Monate dienen. Das Oberverwaltungsgericht hat das Verlangen des Steuerpflichtigen zurückgewiesen mit der Begründung, dass nach allgemein geltenden wirtschaftlichen Rücksichten an erster Stelle für die laufenden Ausgaben der drei Monate die laufenden Einkünfte dieses Zeitraumes dienen, soweit sie hierzu geeignet und ausreichend sind und rechtzeitig eingehen. Nur soweit dies nicht der Fall ist, dienen die schon in der Zeit vorher angesammelten Bestände oder Guthaben zur Bestreitung der laufenden Ausgaben. Das Guthaben des Steuerpflichtigen hat sich in der Zeit vom 1. Januar 1917 bis 1. April 1917 um über 34 000 M. vermehrt, trotz der Entnahme der Privatausgaben aus diesem Guthaben. Der Steuerpflichtige hat also bei seinen erheblich höheren, den Durchschnitt der Auslagen übersteigenden laufenden und täglichen Einkünften nicht nötig gehabt, angesammelte Guthaben zur Bestreitung der laufenden Ausgaben für drei Monate anzugreifen.

Schlossbrauerei Schöneberg Akt.-Ges. Die Einnahmen auf Bierkonto und Beteiligungen stellten sich im Geschäftsjahr 1917/18 nach dem in der heutigen Generalversammlung vorgelegten Geschäftsbericht auf 2 513 204 M. (1916/17: 3 262 562 M.). Nach Abzug der Ausgaben in Höhe von 1 050 229 M. (1 720 830) und nach Absetzung der Abschreibungen von 214 174 M. (400 429) sowie der Gesamtunkosten von 1 142 097 M. (1 303 768) verbleibt ein Ueberschuss von 269 920 M. (361 263). Daraus nimmt die Dividende von wieder 6 pCt. 180 000 M. in Anspruch, 89 920 M. (163 018) werden auf neue Rechnung vorgetragen. Die Versammlung genehmigte die Jahresrechnung und setzte die Dividende auf 6 pCt. fest. Bezüglich der augenblicklichen Lage und der Aussichten teilte die Direktion mit, dass nach der Rückkehr der Truppen eine gesteigerte Nachfrage nach Bier eingetreten sei, so dass der Absatz sich wesentlich erhöht habe. Die Ansprüche der Arbeiterschaft seien, wie auch bei allen anderen Unternehmungen, sehr hoch. Es sei aber möglich gewesen, durch entgegenkommendes Verhalten der Arbeiterschaft gegenüber den Betrieb ununterbrochen aufrechtzuerhalten. Die Abnehmer der Gesellschaft, die Gastwirte, hätten sich bereit erklärt, einen Aufschlag von 3 M. pro Hektoliter zu zahlen. Die Stockung der Kohlenzufuhr könne jedoch weitere Gefahren in sich schliessen.

Flexilis-Werke Akt.-Ges. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 6 pCt. fest. Ueber die Aussichten führte der Vorsitzende aus, dass die Gesellschaft durch den Streik, von dem alle Berliner Giessereien betroffen wurden, ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Nachdem das Geschäft einige Wochen ganz gestockt habe, fange es jetzt an, sich wieder zu beleben. Grosser Bedarf liege in der Industrie besonders für den von dem Unternehmen hergestellten Spezialstahlguss, für Lokomotivbau, landwirtschaftliche Maschinen usw. vor. Die Direktion habe so glücklich disponiert, dass man auf absehbare Zeit nicht in Materialschwierigkeiten komme.

✱ **Die Waffenfabriken Mauser Akt.-Ges.** in Oberndorf, die zum Konzern der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken gehört, hat, wie uns gemeldet wird, den Betrieb auf mehrere Wochen vollständig eingestellt.

Zusammenschluss der deutschen Wollzüchter. Wie C. T. I. hört, haben sich sämtliche deutschen Wollzüchtervereine zur Wahrung ihrer Interessen in einem Verband zusammengeschlossen. Der Hauptzweck dieses Verbandes soll der sein, für die Wollzüchter hinreichende Preise zu erzielen.

✱ **Steuerkurse amtlich nicht notierter Werte.** Die Ständige Kommission des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes für Angelegenheiten des Handels in amtlich nicht notierten Werten ist vom Reichsschatzamt ersucht worden, bei Vorbereitung der angekündigten Steuerkursfestsetzung für amtlich nicht notierte Werte als Sachverständigenausschuss mitzuwirken. Sie hat die erforderlichen Vorarbeiten bereits in Verbindung mit der Vereinigung der am Handel mit Kuxen und amtlich nicht notierten Werten beteiligten Bankgeschäfte Rheinland und Westfalens sowie mit 21 anderen Bezirkskommissionen in die Hand genommen. Auf den Gegenstand bezügliche Mitteilungen werden von der Geschäftsführung des Centralverbandes entgegengenommen und gegebenenfalls an die örtlich zuständige Bezirkskommission weitergegeben.

Die Wiener Börsenkammer beschloss einstimmig, an dem für Montag geplanten allgemeinen Geschäftsstreik gegen das Steuerzahlungsgesetz nicht teilzunehmen.

✱ **Schweizerische Bundesbahnen.** Die neue 5proz. Anleihe, die von der Gesellschaft aufgenommen wird, beträgt nicht 1 Milliarde, sondern 100 Millionen.

✱ An der Börse

zeigte heute die Spekulation anfangs grössere Zurückhaltung als in den letzten Tagen, und die Tendenz war zu Beginn als vorwiegend schwächer zu bezeichnen. Immerhin hielten sich die Kursabstriche in engen Grenzen, und es traten vereinzelt auch neue Kurssteigerungen ein. Am Montanaktienmarkt waren die Aktien der Bismarckhütte, der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs Akt.-Ges., des Lothringer Hüttenvereins und der Rombacher Hüttenwerke im Kurse gedrückt, die übrigen meist höher. Rüstungswerte verkehrten in uneinheitlicher Haltung. Höher stellten sich die Aktien der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken und der Ver. Köln-Rottweiler Pulverfabriken. Elektrizitätsaktien waren wenig im Kurse verändert. Anilinwerte hatten sehr ruhiges Geschäft. Schiffahrtsaktien schwächten sich im Kurse ab, besonders die Aktien der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Akt.-Ges. Gebessert im Kurse waren die Aktien der Grossen Berliner Strassenbahn, etwas niedriger die Aktien der Schantungeisenbahn. Die Aktien der Deutschen Kaliwerke ermatteten.

Variable Kurse.

	24. 1.	Heutige Kurse					24. 1.	Heutige Kurse			
Pr. Henry	155½	—	—	—	—	O.Eis.-Ind.	140	140½	—	140¼	142
Orientb.	—	—	163½	—	—	Phönix	196	196½	196	—	196
Schantg.	114¾	113¼	—	113	112¼	Rhein.St.	145	—	—	—	—
Gr. Berl.	122	123	—	—	—	Rombach.	162¼	161	—	—	—
Türk.Tab.	344	—	352	—	—	A. f. Anil.	131½	—	—	—	—
D.Austral.	135	—	—	—	—	Bad.	—	—	295¾	—	—
Hbg.Pak.	94	94	93¼	—	93¼	Elb.Farb.	277½	276	—	—	—
„ Südam	144	139	—	138½	—	Höchster	251	—	251	—	—
Hansa	191¼	189	188½	187½	—	A E G	178	178¾	178½	175¼	—
Ndd. Lloyd	95¼	95	94¾	94¼	94½	Bergmann	150	149⅝	—	—	—
Bismarck	203	201	200½	—	203	Siem.u.H.	—	—	—	—	—
Bochumer	—	—	—	—	—	Schuckert	129⅞	—	—	130	—
Dt. Luxb.	125¾	127¾	—	—	—	Felt.Guill.	—	—	155	—	—
Gelsenk.	145¼	146¼	—	—	147	Gb.Böhler	180	181	—	—	—
Harpener	169½	—	—	169½	—	Dt.Waffen	181	185	—	—	—
Hohenlohe	108½	110½	109½	—	—	Hirsch K.	172	—	—	171	—
Kattowitz	145	—	—	—	—	V.Köln-R.	185	—	136½	—	—
Laura	192	—	—	—	—	Orenstein	157	154	153½	—	—
Lothr.Htt.	146	143	—	—	—	Rhein.Met.	—	187	—	—	—
Mannesm.	175	177½	—	—	—	Daimler	195¾	194¾	—	—	194
Ob.Eis.-B.	146½	144¾	—	145	146	[illegible] Kali	182	177½	—	—	178

Im Verlaufe der Börse befestigte sich die Haltung. Höher waren namentlich die Aktien des Phönix, der Oberschlesischen Eisenindustrie Akt.-Ges. und der Deutschen Kaliwerke.

Am Markte der mit Einheitskursen notierten Papiere war die Tendenz heute überwiegend fest. Kursgewinne erzielten u. a. die Aktien der Lüneburger Wachsbleiche um 7, Stahlwerk Oecking um 8, Neu-Westend um 5, Schwartzkopff um 8, Baer u. Stein um 8, Bemberg um 30, Beton- und Monierbau um 8, Gebr. Bing um 6, Breslauer Spritfabrik um 6, David Richter um 6, Auer-Gesellschaft um 11, Donnersmarckhütte um 5, Königsborn um 6, Poege Elektrizitätsgesellschaft um 5, Gebr. Stoewer um 11, Vereinigte deutsche Nickelwerke um 8, Zeitzer Maschinenfabrik um 24 pCt. Kursrückgänge erlitten u. a. die Aktien der Adler u. Oppenheimer Akt.-Ges, um 13 und der Gladbacher Wollwarenindustrie um 7 pCt.

Im freien Verkehr war die Tendenz heute nicht ganz einheitlich. Eine ganze Reihe von Papieren konnte die anfangs erzielten Kursgewinne nicht behaupten, so u. a. einzelne Kaliwerte und die Aktien der Deutschen Erdöl Akt.-Ges. Die Aktien des letztgenannten Unternehmens konnten jedoch im Verlaufe den anfänglichen 10proz. Kursverlust bis auf 5 pCt. wieder einholen. Eine recht feste Haltung zeigten die Aktien der Benz Gesellschaft; auch die Aktien der Deutschen Maschinenfabrik zogen im Kurse an.

Petersburger Bankaktien waren zu Beginn um 3 pCt. schwächer, ihre Haltung befestigte sich jedoch später wieder.

Am Rentenmarkt verkehrten heimische Anleihen in fester Haltung. Besonders begehrt waren 3½proz. Konsols, 3- und 3½proz. Reichsanleihen, ebenso tendierten östereichische Anleihen fester. Russische Anleihen gingen zu gestrigen Kursen um.

Telegraphische Auszahlungen	25. 1. Geld	25. 1. Brief	24. 1. Geld	24. 1. Brief	Telegraphische Auszahlungen	25. 1. Geld	25. 1. Brief	24. 1. Geld	24. 1. Brief
Holland ....G	340	340½	340	340½	Wien / Budapest Kr	58,20	58,30	58,20	58,80
Kopenhag. Kr	218	218½	218	218½	Konstantinop. 7 P	—	—	—	—
Stockholm Kr.	240¾	241¼	240¾	241¼					
Christiania Kr.	229¾	230¼	229¾	230¼					
Helsingfors .	81¼	81¾	81¼	81¾	Madrid / Barcelona Ps.	151	152	149	150
Schweiz ... Fr.	171¾	172	171¾	172					

Tägliches Geld stellte sich auf ca. 4¼ pCt., der Privatdiskont auf 4⅜ pCt. und darunter.

New-York, 23. Januar. (W. T. B.) Baumwolle loko middling 25,60 (Kurs v. 22.: 27,25), per Januar 22,85 (24,52), per Februar 21,75 (23,70), per März 21,56 (23,52), New-Orleans loko middling 27,50 (27,50).

Dividenden und Abschlüsse.

Dürkopp-Werke Akt.-Ges. in Bielefeld. In 1917/18 bei 639 987 M. (i. V. 702 242 M.) Abschreibungen Reingewinn 2 022 054 M. (2 208 687). Dividendenvorschlag 25 pCt. (wie i. V.); ausserdem diesmal einen Bonus von 100 M. pro Aktie.

Eislebener Dampfmühle. Vorschlag für 1917/18 wieder 6 pCt.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: Erich Dombrowski-Lichterfelde; für auswärtige Politik Josef Schwab-Berlin; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt-Wilmersdorf; für das Feuilleton: Paul Block-Schöneberg; für die Handelszeitung: Dr. jur. Felix Pinner-Friedenau; für den übrigen Teil des Blattes: Albert Tils-Charlottenburg; für die Inserate: Heinrich Barsch-Schöneberg. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.